

ANALYSE

„Ohne Demokratie ist alles nichts.“

Teilnehmende, Motive und Effekte
der Proteste gegen Rechtsextremismus
im Juni 2024

Nina-Kathrin Wienkoop
Lisa Bogerts
Marco Bitschnau
Priska Daphi
Sebastian Haunss
Elias Steinhilper
Simon Teune

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

ANALYSE

DEZEMBER 2024

Autor:innen

Diese Studie wurde vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Beteiligte Autor:innen: Nina-Kathrin Wienkoop (Ko-Projektleitung), Lisa Bogerts (Ko-Projektleitung), Marco Bitschnau, Priska Daphi, Sebastian Haunss, Elias Steinhilper, Simon Teune.

Für die Unterstützung bei diesem Projekt bedanken wir uns bei Sabrina Zajak, Dieter Rucht, Sebastian Koos und Piotr Kocyba sowie bei allen Interviewer:innen in Hamburg und Dresden.

Für diese Publikation ist in der Friedrich-Ebert-Stiftung verantwortlich

Alina Fuchs, Leiterin des Teams Demokratie im Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI)

Im Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI) stehen Grundsatzfragen der Sozialen Demokratie, Aufgaben der politischen Bildungsarbeit sowie demokratische und gesellschaftliche Innovationen im Fokus.

Referatsleitung: Dr. Stefanie Elies

www.fes.de/dgi

In Zusammenarbeit mit

ipb Institut für
Protest- und
Bewegungsforschung

Inhalt

	Vorwort	4
	Auf einen Blick	5
01	Einleitung	6
02	Die Demonstrationen und ihre Bündnisse: Was geschah und wer beteiligt war	8
	Dresden	9
	Hamburg	10
03	Die Demonstrierenden: Wer auf die Straße ging	12
04	Engagement und Mobilisierung: Was sich die Demonstrierenden erhoffen und wie sich die erste Protestwelle auswirkte	16
05	Bedrohungslage Rechtsextremismus: Wie die Demonstrierenden ihn erleben	20
06	Vertrauen in Institutionen: Wer die Demokratie verteidigen soll	24
07	Schlussfolgerungen: Perspektiven für eine breite gesellschaftliche Allianz gegen Rechtsextremismus	28
	Abbildungsverzeichnis	32
	Literatur	32
	Informationen zu den Autor:innen	34

Vorwort

In der ersten Jahreshälfte 2024 ging ein demokratischer Ruck durch Deutschland. In Reaktion auf die Enthüllungen über das Potsdamer Geheimgespräch extrem rechter Kreise und die dort diskutierten „Remigrations“-Pläne erlebte das Land die größten prodemokratischen Proteste seiner Geschichte. Hunderttausende Menschen gingen deutschlandweit auf die Straße – und gaben denjenigen Hoffnung, die sich seit langem für die Verteidigung unserer Demokratie einsetzen.

Wer sind die Menschen, die in Ost und West für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus demonstrieren? Was treibt sie um, was motiviert sie und was erwarten sie von Politik und Gesellschaft? Welche Effekte haben die Protestwellen und welche Perspektiven ergeben sich daraus für die Bildung starker Allianzen für eine plurale Demokratie?

Diese Fragen sind wir in Zusammenarbeit mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) in zwei Demonstrationsbefragungen in Hamburg und Dresden im Juni 2024 nachgegangen. Die Ergebnisse machen Mut und zeigen gleichzeitig auf, wo weitere Anstrengungen notwendig sind.

Die Proteste haben auf den unterschiedlichsten Ebenen positive Wirkung entfaltet und demokratische Strukturen und Anliegen gestärkt – von der Bildung breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse, über die Sichtbarkeit rechtsextremer Gefahren und prodemokratischer Gegenstimmen im öffentlichen Diskurs bis hin zur kollektiven Selbstermächtigung und zur Engagementbereitschaft der Protestierenden. Diese Befunde machen Hoffnung in Zeiten, in denen europaweit extrem rechte Kräfte im Aufwind sind und die Debatte oft vom rechten Rand getrieben scheint.

Jetzt gilt es, das positive Momentum der Proteste zu nutzen, um langfristig belastbare Allianzen zu schmieden, die breit mobilisieren und das Thema immer wieder auf die öffentliche Agenda bringen können. So erfreulich es ist, dass die Demokratie im Rahmen der Proteste vor allem von progressiven Kräften verteidigt

wird, so wichtig ist es, in Zukunft auch weitere gesellschaftliche Gruppen, die ein Eintreten gegen Rechtsextremismus befürworten, zu mobilisieren und einzubinden.

Auch politisch bieten die Studienergebnisse wichtige Handlungsimpulse. Damit die Zivilgesellschaft und das Bildungssystem die hohen Erwartungen erfüllen können, die die Befragten in sie setzen, braucht es ausreichende und verlässliche Förderstrukturen. Gerade Vereine werden als sichere Orte gesehen, an denen Demokratie gelebt und verteidigt wird. Und nicht zuletzt unterstützen die Befragten weitreichende politische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Der Einsatz für unsere Demokratie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – so sehen es die Demonstrierenden. Und damit haben sie recht. Demokratie erfordert den aktiven Einsatz von uns allen, wir müssen sie täglich leben und verteidigen. Denn, wie es eine Demonstrationsteilnehmerin aus Hamburg so treffend auf den Punkt bringt: „Ohne Demokratie ist alles nichts.“ Wir hoffen, Sie finden in dieser Studie Anregungen und Motivation für diese wichtige Aufgabe.

Unser herzlicher Dank gilt dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung und den Autor:innen Nina-Kathrin Wienkoop, Lisa Bogerts, Marco Bitschnau, Priska Daphi, Sebastian Haunss, Elias Steinhilper und Simon Teune für ihre hervorragende Arbeit, ihre fachliche Expertise, die professionelle Erhebung und Auswertung der Daten, die wissenschaftliche Einordnung der Ergebnisse - und nicht zuletzt für die gute Zusammenarbeit. Herzlich danken wir auch Sabrina Zajak, Dieter Rucht, Sebastian Koos, Piotr Kocyba und allen Interviewer:innen in Hamburg und Dresden für Ihre wertvolle Mitwirkung und die Unterstützung des Projekts.

Alina Fuchs

Teamleiterin Demokratie
Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Auf einen Blick

Die Studie nimmt die Proteste gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in der ersten Jahreshälfte 2024 in den Blick. Basierend auf zwei Demonstrationbefragungen in Dresden und Hamburg im Juni 2024 gibt sie einen Einblick in die Zusammensetzung der Teilnehmenden, ihre Motive und Erwartungen und erörtert erste Effekte der Protestwellen.

ZENTRALE ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Belebung der zivilgesellschaftlichen Arbeit und neue Bündnisse

Die Proteste haben zu einer Belebung zivilgesellschaftlicher Arbeit und zur Bildung breiter gesellschaftlicher Bündnisse beigetragen. Sowohl in Hamburg als auch in Dresden sind zu Jahresbeginn neue Strukturen und Bündnisse entstanden, die auch während der zweiten Protestwelle eine tragende Rolle spielten.

Wer für die Demokratie auf die Straße geht

Die zweite Protestwelle fiel erwartungsgemäß kleiner aus als zu Jahresbeginn. Bei den Protesten im Juni zeigt sich aber eine Verstärkung des Engagements, die große Mehrheit der Demonstrierenden hat auch schon an der ersten Protestwelle teilgenommen. Insgesamt mobilisierte die zweite Welle vor allem Menschen aus einem gut gebildeten, politisch in der linken Mitte verorteten Milieu.

Die Proteste als demokratischer Takt- und Impulsgeber

Zentrales Anliegen der Demonstrierenden war es, ein klares, öffentlichkeitswirksames Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Die Proteste haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gefahren des Rechtsextremismus und prodemokratische Gegenstimmen in der öffentlichen Debatte sichtbar wurden und bildeten einen Gegenpol zur vielfach konstatierten diskursiven Rechtsverschiebung.

Stärkung von Selbstwirksamkeit und Engagement

Die Protesterfahrung wirkte für viele Befragte als demokratischer Aktivierungsimpuls. Gemeinsam mit anderen für die Demokratie auf die Straße zu gehen, stärkt Menschen in ihrem demokratischen Wir-Gefühl, in ihrem Engagement und in ihrem alltäglichen Einsatz für demokratische Werte. Nicht selten führt dies zu längerfristigem zivilgesellschaftlichem, wenn auch nicht unbedingt parteipolitischem Engagement.

Bedrohungslage Rechtsextremismus

Die Sorge vor dem erstarkenden Rechtsextremismus und das Gefühl, dass dieser nicht ernst genug genommen wird, treibt die große Mehrheit der Demonstrierenden um. Dabei greifen sowohl Erfahrungen im eigenen Umfeld als auch gesamtgesellschaftliche Erwägungen als Mobilisierungsmotiv. Die Befragten in Dresden fühlen sich deutlich häufiger mit rechtsextremer Präsenz im Alltag konfrontiert als in Hamburg.

Zivilgesellschaft, Bildung, Politik:

Wer die Demokratie verteidigen soll

Obwohl die Befragten nur teilweise erwarten, dass ihr Protest unmittelbar das Handeln von Politik beeinflusst, ist ihr Vertrauen in Demokratie und politische Institutionen sehr hoch. Die Verteidigung der Demokratie ist in ihren Augen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die es vor allem eine starke Zivilgesellschaft und ein gut aufgestelltes Bildungssystem braucht. Sie erwarten aber auch von der Politik weitreichende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Neue Allianzen für die Demokratie?

Der Einsatz für eine plurale Demokratie erfordert belastbare Allianzen, die breit mobilisieren und immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema generieren können. Während auf der Organisationsebene im Zuge der Proteste breite Bündnisse entstanden sind, besteht die Herausforderung jetzt darin, ein breites gesellschaftliches Spektrum zu mobilisieren. Dabei gilt es, auch Gruppen anzusprechen, die das Eintreten gegen Rechtsextremismus befürworten, den bisherigen Protesten aber eher ferngeblieben sind, z.B. Menschen mit niedriger formaler Bildung und aus bürgerlichen und konservativen Milieus.

01

Einleitung





Demokratie stärken, Rechtsextremismus verhindern, Flagge zeigen – insbesondere vor der Europawahl.

**Teilnahmemotive einer Demonstrierenden
in Hamburg, Juni 2024**

Zu Jahresbeginn 2024 stand Deutschland im Zeichen der bislang größten Protestwelle seit Gründung der Bundesrepublik: Zwischen Januar und März beteiligten sich bundesweit über vier Millionen Menschen an einer Reihe von Demonstrationen und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus. Ausgelöst wurden sie von einem Bericht der Rechercheplattform CORRECTIV über ein „Geheimtreffen“ von Akteur:innen der radikalen Rechten in einer Potsdamer Villa, auf dem auch die „Remigration“ deutscher Staatsbürger:innen mit Migrationsgeschichte diskutiert worden war. Doch obwohl die Empörung zunächst groß und der Gang auf die Straße allgegenwärtig war, schwächten sich die Proteste mit Beginn des Frühjahrs deutlich ab. In den Medien wurden sie zunehmend von anderen Themen verdrängt. Die Europawahl am 9. Juni mit den in neun Bundesländern am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen betrachteten nicht wenige Organisator:innen als günstige Gelegenheit, um eine zweite Protestwelle anzustoßen. Angesichts hoher Umfragewerte für extrem rechte Parteien wollten sie die Gefahren des Rechtsextremismus erneut auf die politische Tagesordnung setzen.

Diese zweite Welle erreichte mit geschätzt 170.000 bis 240.000 Teilnehmer:innen¹ zwar längst nicht die Größenordnung und Tiefenwirkung ihrer Vorgängerin, dennoch fanden auch dieses Mal zahlreiche Veranstaltungen deutschlandweit statt. Allein die Website des ausrichtenden Aktionsbündnisses verzeichnet über zweihundert Aktionen.² Doch wer sind die Menschen,

die für die Demokratie auf die Straße gingen? Was treibt sie um, und welche Wirkung erwarteten sie von den Protesten? Wo zeichnen sich Allianzen ab, und welche langfristigen Effekte sind von den Demonstrationen für die Stärkung der Demokratie zu erwarten? Aus wissenschaftlicher Sicht sind Einsichten zu den Motiven, Einstellungen und soziodemografischen Charakteristika der Teilnehmenden besonders interessant. Solche wurden in systematischer Form für die erste Protestwelle nur im süddeutschen Raum (vgl. Bitschnau/Koos 2024) sowie jüngst in Angermünde (vgl. Rucht et al. 2024) erhoben. Die vorliegende Studie erweitert diese Befunde auf Basis einer repräsentativen Befragung von 534 Teilnehmer:innen der Großveranstaltungen in Hamburg (7. Juni) und Dresden (8. Juni). Zugleich versucht sie sich aber auch an der Beantwortung weitergehender Fragen, etwa zur empfundenen Bedrohung durch Rechtsextremismus, zum Vertrauen in die Demokratie, zu den Folgen der ersten Protestwelle und zur Lösungskompetenz, die verschiedenen Akteur:innen zugesprochen wird.

¹ Das Aktionsbündnis „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“ gab „über 240.000 Menschen bei 265 Demonstrationen“ an (vgl. <https://www.rechtsextremismus-stoppen.de/>, 01.10.2024). Unsere Schätzung von 170.000 bis 200.000 Teilnehmenden beruht auf medial verbreiteten Zahlen von demokraTEAM (vgl. <https://www.demokrateam.org/report/>, 01.10.2024), und der Tagesschau (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demonstrationen-gegen-rechtsextremismus-104.html>, 01.10.2024).

² Vgl. <https://www.rechtsextremismus-stoppen.de/weitere-stdaedte/> (01.10.2024).

02

**Die Demonstrationen
und ihre Bündnisse:
Was geschah und
wer beteiligt war**



Der Mobilisierungserfolg der ersten Protestwelle wurde unter anderem auf die breiten – wenn auch oftmals lockeren – Bündnisse zurückgeführt, die sich nach Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche zum Potsdamer Treffen deutschlandweit gebildet hatten (vgl. Rucht 2024). Insbesondere aufgrund der Beteiligung protestererfahrener und bereits seit längerem gegen Rechtsextremismus engagierter Organisationen und Netzwerke konnten sie in vergleichsweise kurzer Zeit eine beachtliche Zahl an Veranstaltungen abhalten und bewerben. Für die erneute Mobilisierung im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen konnten die beteiligten Organisator:innen auf diese Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen. Die Wahlen selbst boten zudem eine geeignete Anlassstruktur: Anstatt über einen längeren Zeitraum zu mobilisieren, plante das im April 2024 gegründete Bündnis „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“³ Proteste rund um die Europawahlen zwischen dem 23. Mai und dem 8. Juni in insgesamt elf Großstädten. Dazu kam eine Reihe von lokal und regional organisierten Veranstaltungen. Die von uns untersuchte Demonstration in Hamburg wurde vom obigen Bündnis veranstaltet. Zur Demonstration in Dresden rief ein regionales Bündnis auf. Beide zeichneten sich durch eine große Bandbreite an beteiligten Organisationen aus. Digital wurden beide zudem von der Kampagnen-Organisation Campact unterstützt. Der Aufruf und die öffentliche Kommunikation zu den Protesten zeigten, dass die Veranstalter:innen bemüht waren, das Gemeinsame zu betonen. So sollte für möglichst viele Initiativen, Bündnisse und Menschen ein Identifikationsangebot geschaffen werden. Anstatt konkrete Forderungen zu erheben, wurde die Signalkraft und Sichtbarkeit des Protests selbst herausgestellt.⁴ In beiden Fällen wurden Tausende von Menschen mobilisiert. Das war zwar deutlich weniger als noch zu Jahresbeginn, doch ist es nicht ungewöhnlich, dass die Beteiligung bei sich wellenförmig entwickelnden Protesten nach einer Mobilisierungsspitze abflaut. Die Form des Protests selbst blieb dagegen unverändert – wie zu Beginn des Jahres riefen die Organisationen zu Straßendemonstrationen auf. In Dresden wie auch in Hamburg fand der Protest als Straßenkundgebung und Demonstrationmarsch mit genehmigter Laufroute durch die Innenstadt statt und war von einem geordneten Verlauf ohne Ausschreitungen geprägt.

DRESDEN

Die Demonstration am 8. Juni 2024 in Dresden wurde vom Bündnis „Wir sind die Brandmauer Dresden“ ausgerichtet. Dabei handelt es sich um ein Aktionsbündnis aus über 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, die in Sachsen, aber überwiegend in der sächsischen Landeshauptstadt aktiv sind.⁵ Das Bündnis gründete sich Ende Januar nach der ersten Großdemonstration in Dresden (21. Januar 2024) und organisierte im Februar zwei weitere große Proteste. Zu den Bündnispartnern gehören regionale und lokale Sektionen großer Wohlfahrts- und Umweltverbände (z. B. Arbeiterwohlfahrt (AWO), Caritas und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)) und Gewerkschaften (z. B. IG Metall, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und ver.di), religiöse Gemeinschaften (evangelische, katholische, islamische und jüdische) sowie diverse Orts- und Kreisverbände politischer Parteien (z. B. CDU, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen) mitsamt ihren Jugendorganisationen. Weiterhin unterstützten Hochschulen ebenso wie einzelne Apotheken, Arztpraxen, soziale Einrichtungen, Museen, Kunstinstitutionen und Kulturvereine den Aktionsaufruf. Vertreten waren schließlich auch rein lokale Initiativen wie „Dresden Wi(E)dersetzen“ und „Dresden für Alle“ sowie Ableger politischer und aktivistischer Initiativen, darunter der „Christopher Street Day (CSD) – Dresden“, „Fridays for Future – Dresden“ bzw. Riesa, die „Omas gegen Rechts – Sachsen“ und die „Seebrücke Dresden“.

Die Demonstration fand am Samstagnachmittag statt, dauerte etwa drei Stunden und gliederte sich in drei Teile: eine Auftaktkundgebung auf dem Theaterplatz, einen Demonstrationzug durch die Stadt sowie eine Abschlusskundgebung, die ebenso auf dem Theaterplatz abgehalten wurde. Neben der Moderation durch „Wir sind die Brandmauer Dresden“ gab es Redebeiträge von Vertreter:innen des Vereins Campact e.V., der Semperoper und diverser Initiativen aus der Region (Sächsischer Flüchtlingsrat, Zittau ist bunt, Motor Mickten) sowie Musikeinlagen. Vorab wurden in einer Pressemitteilung zusätzlich kurze Stellungnahmen der Stiftung Frauenkirche, des Unternehmensverbands „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ (einem Zusammenschluss von 139 lokalen Unternehmen) sowie

³ Vgl. <https://www.rechtsextremismus-stoppen.de/buendnis/> (01.10.2024).

⁴ Vgl. <https://www.rechtsextremismus-stoppen.de/aufruf/> (01.10.2024).

⁵ Vgl. die Liste der Unterstützer:innen mit 240 Organisationen und Initiativen auf <https://wir-sind-die-brandmauer-dresden.org/> (10.07.2024).

von „Fridays for Future“ veröffentlicht. Neben den Bannern und Symbolen der oben genannten Gruppen waren bei den Protesten auch solche aus dem anarchistischen und Antifa-Spektrum zu sehen. Nach unserer Schätzung nahmen insgesamt etwa 8.000 Menschen an der Demonstration teil.⁶ Schon im Verlauf der ersten Protestwelle hatte sich in Dresden zwischen Januar (mit 30.000 bis 40.000 Teilnehmenden) und Februar (mit erst 30.000 und später 20.000 Teilnehmenden)⁷ eine erwartbar abnehmende Tendenz gezeigt, die sich nun im Juni fortsetzte.

HAMBURG

Auch an der Demonstration in Hamburg am 7. Juni 2024 war neben dem ausrichtenden Bündnis „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“ eine Vielzahl an weiteren Organisationen und Bündnissen beteiligt. Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Hamburg, „Fridays for Future – Hamburg“ und der evangelisch-lutherischen Nordkirche zeigten sich protesterfahrene und mitgliederstarke Akteure federführend für die Organisation verantwortlich. Außerdem riefen neue Bündnisse zum Protest auf. Dazu gehörte etwa die Allianz „Go Vote – Unsere Stimmen sind laut“, ein Zusammenschluss von Museen, Konzerthäusern, Clubs und Stadtteilzentren sowie von Verbänden und Initiativen, die sich nach der ersten Protestwelle mit dem Ziel zusammengeschlossen hatten, zu einer höheren Wahlbeteiligung beizutragen. Nach den Protesten Ende Januar war zudem das Bündnis „Klare Kante gegen Rechts“ ins Leben gerufen worden. Es mobilisierte ebenfalls und besteht nach eigenen Angaben aus aktuell über 100 Partner:innen aus Religionsgemeinschaften, antifaschistischen Gruppen, Menschenrechts- und Klimaorganisationen, aus nachbarschaftlichen Initiati-

ven, Gewerkschaften, migrantischen Selbstorganisationen, Sozialverbänden und vielen anderen gesellschaftlichen Akteur:innen.⁸ Ein weiterer Partner war der Verein „Unternehmer ohne Grenzen“, nach eigenen Angaben ein Zusammenschluss von rund 2.000 Unternehmer:innen unterschiedlicher Nationalitäten.⁹ Zur Demonstration riefen aber auch die „Omas gegen Rechts“, Greenpeace sowie die Ortsverbände von Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD auf. So zeigte sich ähnlich wie in Dresden eine große Bandbreite an Akteur:innen.

Die Hamburger Demonstration begann mit einer Kundgebung und Musikeinlage am Rödingsmarkt. Sie führte dann um die Binnenalster, ehe der Protest mit einer abermals musikalisch begleiteten Kundgebung wieder am Rödingsmarkt endete. Nach unserer Schätzung waren dabei insgesamt rund 10.000 Teilnehmer:innen auf der Straße, die Organisator:innen selbst schätzten 30.000 Personen und auch die Polizei kam auf immerhin 26.000 Protestierende. Die deutliche Abweichung zwischen unserer Schätzung und den Zahlen von Polizei und Veranstalter:innen lässt sich mit unterschiedlichen Schätzmethode erklären.¹⁰ Der Grad der Vorbereitung und die Qualität der technischen Ausstattung verriet, dass auch hier protestkundige Organisationen beteiligt waren, die aufgrund des hohen Protestzulaufs im Januar (geschätzte 180.000 Menschen) vermutlich mehr Teilnehmer:innen erwartet hatten. Somit zeigte sich auch in Hamburg im Vergleich zum Jahresbeginn ein erheblicher Mobilisierungsrückgang.

⁶ Diese Zahl ergab sich aus unserer unabhängigen Zählung und deckt sich mit der der Veranstalter:innen (<https://www.rechtsextremismus-stoppen.de/dresden/>, 05.10.2024). Die Polizei veröffentlichte keine konkreten Zahlen und sprach von „mehreren Tausend“ (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demonstrationen-gegen-rechtsextremismus-104.html>, 05.10.2024).

⁷ Vgl. für den 21. Januar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/ticker-demo-afd-rechtsextremismus-leipzig-dresden-100.html> (25.11.2024), für den 2. Februar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/ticker-demo-demokratie-rechtsextremismus-afd-dresden-102.html> (05.10.2024), für den 25. Februar: <https://wir-sind-die-brandmauer-dresden.org/presse/> (05.10.2024).

⁸ Vgl. <https://hamburg.klare-kante-gegen-rechts.eu/> (05.10.2024).

⁹ Vgl. <https://go-vote.de/news/> (05.10.2024) und <https://www.uog-ev.de/> (05.10.2024).

¹⁰ Teilnahmezahlen bei großen Demonstrationen beruhen in der Regel immer auf Schätzungen. Neben dem Erfahrungswert, dass bestimmte Plätze oder Straßenabschnitte eine bestimmte Anzahl Personen aufnehmen können, werden Luftbilddaufnahmen genutzt oder Gesamtzahlen auf Grundlage von Reihenzählungen hochgerechnet. Bei einer Protestveranstaltung mit mehreren Bestandteilen (Kundgebungen und Laufdemonstration) kann die geschätzte Anzahl der Teilnehmer:innen daher erheblich variieren. Das von den Organisator:innen und der Polizei in Hamburg genutzte Verfahren ist uns nicht bekannt. Wir selbst haben die Größe der Laufdemonstration in diesem Fall anhand einer Reihenzählung geschätzt.



03

**Die
Demonstrierenden:
Wer auf die Straße
ging**



Obwohl unterschiedliche Organisationen zu den Demonstrationen in Hamburg und in Dresden aufgerufen hatten, ähnelte sich die Zusammensetzung der Teilnehmenden in beiden Städten stark. Im Durchschnitt waren sie protest erfahren, formal gebildet, politisch links orientiert und ordneten sich selbst der Mittelschicht zu.

In beiden Fällen gaben mehr als die Hälfte ihr Geschlecht als weiblich an (55 %). Dies bestätigt den seit geraumer Zeit sichtbaren **Trend einer wachsenden relativen Beteiligung von Frauen** bei Klima- und Demokratieanliegen (vgl. Daphi et al. 2021). Fast alle Befragten (97 %) wurden in Deutschland geboren, wobei rund ein Viertel angab, dass mindestens ein Elternteil aus einem anderen Land stamme – ein Wert, der dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationsbiografie in Deutschland entspricht.¹¹ Im Hinblick auf ihr **formales Bildungsniveau** liegen die Befragten hingegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt: Rund 56 Prozent haben einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Ein weiteres gutes Viertel (27 %) gab als höchsten formalen Bildungsabschluss Abitur oder Fachabitur an. Niedrigere Bildungsabschlüsse waren dagegen kaum vertreten. Diese deutliche Überrepräsentation von Protestierenden mit hohem Bildungsabschluss zeigte sich bereits Anfang des Jahres bei der ersten Protestwelle gegen Rechtsextremismus in Süddeutschland (vgl. Bitschnau/Koos 2024) und ist auch bei thematisch anderen deutschen und internationalen Protesten festzustellen (vgl. van Aelst/Walgrave 2001). In Bezug auf ihre **soziale Schicht** ordneten sich bei unserer Befragung etwa 15 Prozent selbst der „unteren Mittelschicht“, ca. die Hälfte der „mittleren Mittelschicht“ (49 %) und weitere 28 Prozent der „oberen Mittelschicht“ zu. Auf beiden Veranstaltungen gaben nur sehr wenige Menschen an, Teil der „Unterschicht“ zu sein, in Dresden (6 %) waren sie aber häufiger vertreten als in Hamburg (1 %). Dieses überproportional hohe Bildungsniveau und die erhöhte Repräsentation der Mittelschicht decken sich ebenfalls mit den empirischen Befunden anderer Protestbefragungen (vgl. u. a. Daphi et al. 2015, Baumgarten/Rucht 2013). Und auch bei Formen politischen Engagements jenseits des Protests zeigt sich vielerorts eine selektive Partizipation: So ist die Mehrheit der jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren in Deutschland zwar insofern engagiert, als sie etwa Petitionen zeichnet oder ihrerseits an Demonstrationen teilnimmt. Diejenigen mit Haupt- und Realschulabschluss sind aber dabei kaum vertreten. Zugleich ist

in dieser Gruppe der Anteil derjenigen besonders groß, die sich kaum über Politik informieren (vgl. Spöri et al. 2022). Das heißt: Wesentliche Teile der Gesellschaft werden aktuell von der Politik und ihrer medialen Vermittlung nur bedingt erreicht, wenngleich die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren wieder steigt.

Bei der politischen **Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala** verorteten sich die Befragten in beiden Städten überwiegend im linken politischen Spektrum (92 %). Diese Tendenz spiegelt sich auch in den Antworten zur **Parteienpräferenz** und zum Wahlverhalten wider: Eine klare Mehrheit hat bei der letzten Bundestagswahl Bündnis 90/Die Grünen gewählt (64 %), wohingegen die an zweiter Stelle genannte Linke auf lediglich 15 Prozent kommt. Die SPD wurde in Hamburg von 13 Prozent und in Dresden von nur halb so vielen Befragten (6 %) gewählt, während auf die in Sachsen dominante CDU in Dresden gerade einmal zwei und in Hamburg sogar bloß ein Prozent entfiel. Sieben Prozent der Befragten durften bei der letzten Bundestagswahl noch nicht wählen. Insgesamt zeigt sich also, dass vor allem die Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie in geringerem Maße die der SPD auf die Straße gegangen sind. Hingegen beteiligten sich nur wenige Wähler:innen von CDU und FDP an den Protesten. Wenig überraschend gab niemand an, die AfD gewählt zu haben.

Insgesamt protestierten also in beiden Städten ähnliche Gruppen. Ein deutlicher Unterschied zeigte sich allerdings bei der **Altersverteilung**: Die Demonstrierenden in Dresden waren deutlich jünger als jene in Hamburg: Das Medianalter lag in Dresden bei 34 Jahren, in Hamburg bei 51 Jahren. Mehr als jede:r vierte Teilnehmende in Dresden war jünger als 26 Jahre, in Hamburg dagegen nur jede:r zehnte.¹² Diese Differenz kann möglicherweise zum Teil dadurch erklärt werden, dass einige der in Dresden Befragten angaben, wegen des Musikbeitrags einer unter Jugendlichen populären Band gekommen zu sein, die Teil des Rahmenprogramms der Demonstration war.

Unabhängig von dieser unterschiedlichen Alterszusammensetzung waren an beiden Demonstrationen **nur wenige Protestneulinge** beteiligt (s. Abb. 1A). Die größte Gruppe mit rund 40 Prozent stellten diejenigen, die zumindest schon erste Vorerfahrungen hat-

¹¹ Vgl. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_158_125.html (05.10.2024).

¹² Wir gehen davon aus, dass die tatsächlichen Unterschiede noch größer waren, denn an unserer Befragung konnten nur Menschen ab einem Alter von 16 Jahren teilnehmen.

ten (1–5 besuchte Protestveranstaltungen); gefolgt von 33 Prozent, die an sechs bis 20 Protesten teilgenommen hatten. Gut jede:r fünfte Teilnehmende hat sich in der Vergangenheit sogar an über 20 Demonstrationen beteiligt. Darin unterscheiden sich die Befragten deutlich von der Vergleichsgruppe, die zu Jahresbeginn an den Protesten der ersten Welle teilnahm: Damals war ein Drittel der Befragten zum ersten Mal überhaupt auf einem Protest gewesen (vgl. Bitschnau/Koos 2024).

Fast alle Befragten hatten zudem zuvor schon an anderen **Protesten gegen Rechtsextremismus** teilgenommen (91 %, s. Abb. 1B). Konkret gaben 88 Prozent der Befragten in Dresden und 93 Prozent in Hamburg an, bereits während der ersten Protestwelle auf der Straße

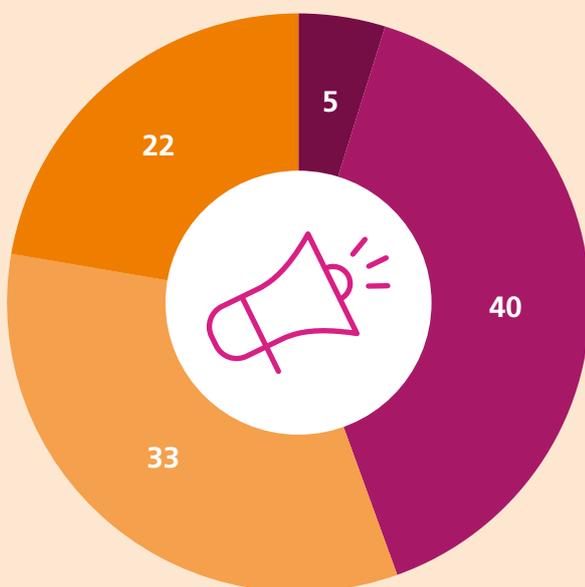
gewesen zu sein (s. Abb. 2). Hierin sehen wir eine **Verstetigung des Engagements**: Diejenigen, die sich im Sommer erneut an den Protesten beteiligten, sind zum Großteil besonders motiviert und bereit, sich vielfältig politisch einzubringen. Bei einigen Befragten zeigt sich auch eine Kontinuität im Engagement gegen Rechtsextremismus allgemein: 43 Prozent in Dresden und 32 Prozent in Hamburg hatten zuvor an mehr als fünf weiteren Demonstrationen gegen Rechtsextremismus teilgenommen (s. Abb. 1B).

Neben ihrer Protestteilnahme engagieren sich die Befragten auch in anderen Bereichen: Die meisten Demonstrierenden haben in der Vergangenheit bereits eine Petition oder einen öffentlichen Brief unterzeichnet

Abb. 1

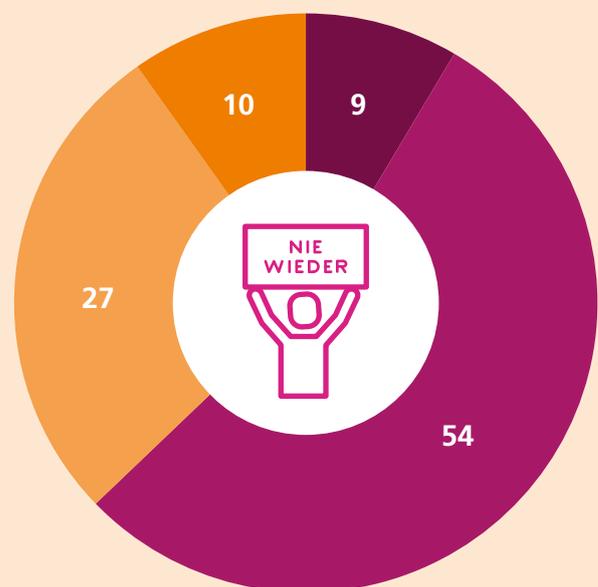
Protesterfahrung

A: An wie vielen Demonstrationen haben Sie insgesamt bereits teilgenommen (die heutige nicht miteingeschlossen)?



- an keiner
- an wenigen (1–5)
- an einigen (6–20)
- an vielen (>20)

B: Haben Sie zuvor bereits an einer anderen Demonstration gegen Rechtsextremismus teilgenommen?



- Nein
- Ja, an wenigen (1–5)
- Ja, an einigen (6–20)
- Ja, an vielen (>20)

Alle Angaben in Prozent. Gesamtwerte beider Befragungen in Hamburg und Dresden.

Quelle: Demonstrationbefragungen FES/ipb Juni 2024, eigene Darstellung.

(81 %) und/oder ein Produkt boykottiert (64 %). Knapp die Hälfte der Befragten (47 %) hat zudem in den sozialen Medien auf ein politisches Anliegen aufmerksam gemacht. Dies sind im Vergleich eher niedrigschwellige Formen des Engagements. Relativ selten war dagegen die aktive Kontaktaufnahme mit Politiker:innen oder Verwaltungsvertreter:innen (12 % in Dresden, 23 % in Hamburg). Die Befragten sind zudem stark in zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden, so etwa in Umweltorganisationen (25 %), Gewerkschaften (22 %) und Menschenrechtsorganisationen (15 %). Immerhin elf Prozent gaben an, sich in Parteien zu engagieren. Besonders in Hamburg sind die gewerkschaftlichen Mitgliedszahlen mit fast einem Drittel (29 %) sehr hoch und lassen sich vermutlich durch die Mobilisierungsaufrufe des DGB Hamburg erklären.



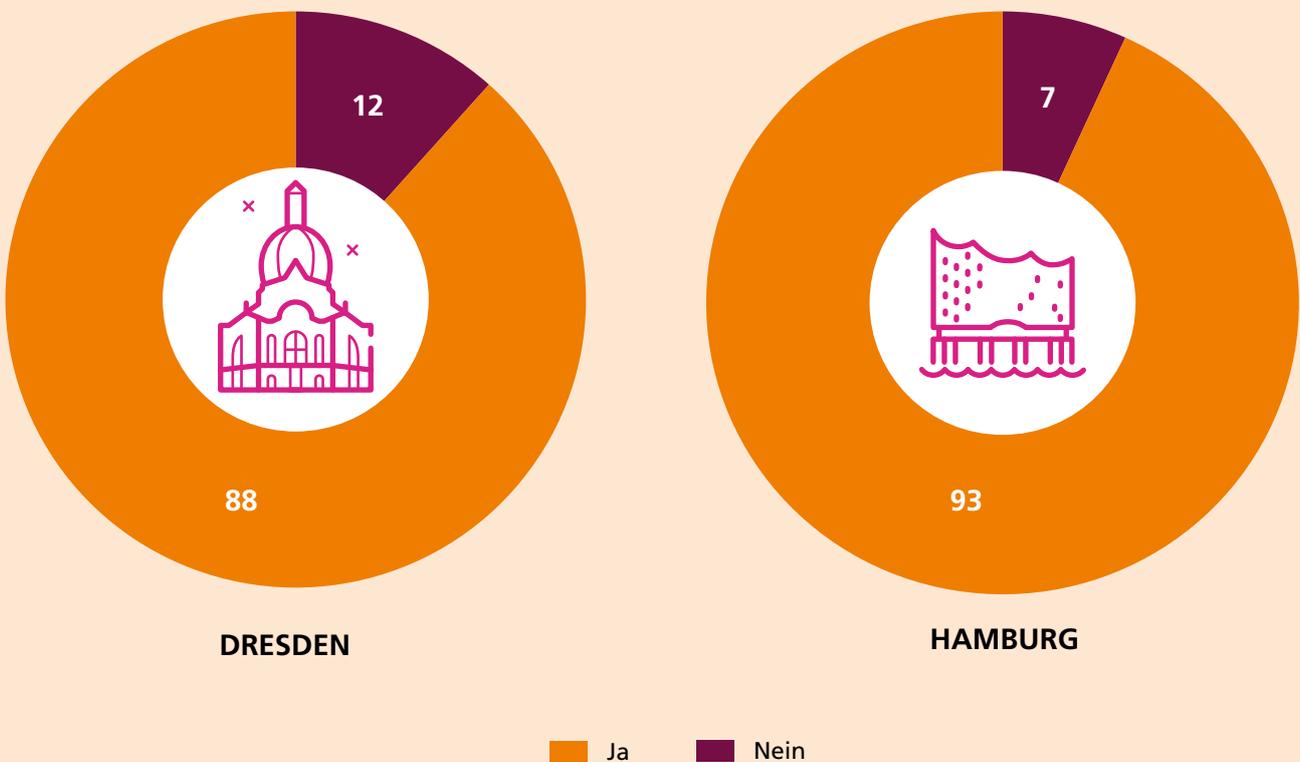
Es ist mir wichtig zu zeigen, dass es in Sachsen auch viele Menschen gibt, die den Rechtsruck bemerken und dagegen sind. Die Demos helfen überdies, den Glauben an seine Mitmenschen nicht zu verlieren [...]

Teilnehmerin in Dresden, Juni 2024

Abb. 2

Teilnahme an Demonstrationen der ersten Protestwelle Anfang 2024

Haben Sie an einer der Demonstrationen gegen Rechtsextremismus zu Beginn dieses Jahres teilgenommen?



Alle Angaben in Prozent.

Quelle: Demonstrationbefragungen FES/ipb Juni 2024, eigene Darstellung

04

**Engagement und
Mobilisierung:
Was sich die
Demonstrierenden
erhoffen und
wie sich die erste
Protestwelle
auswirkte**

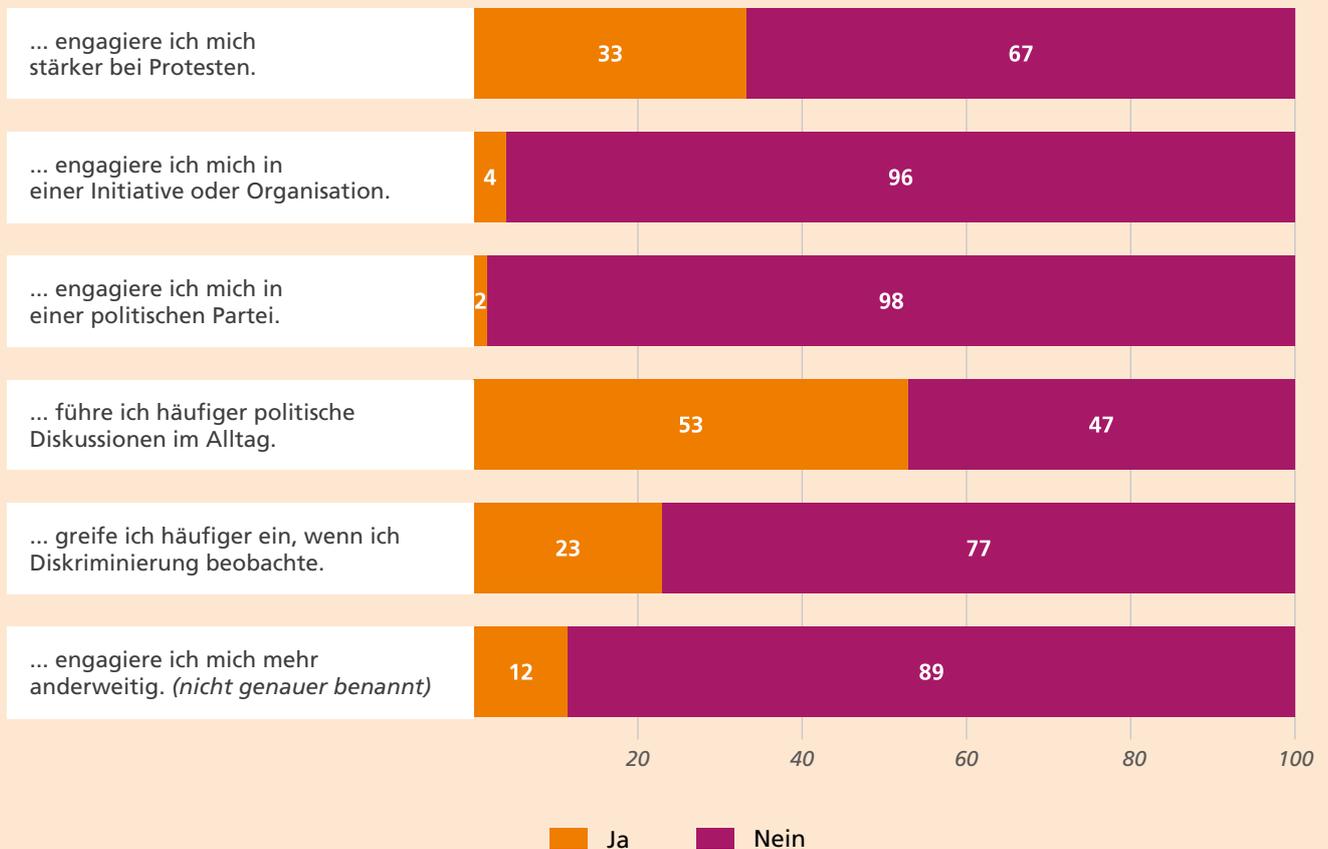
Ähnlichkeiten zwischen beiden Befragungsorten zeigten sich auch bei den Fragen nach den Protestmotiven, nach der Wirkung der ersten Protestwelle sowie nach dem eigenen politischen Engagement. Die Teilnehmenden in Hamburg und Dresden unterscheiden sich zwar in ihrer Altersverteilung und in Teilen auch in ihrer politischen Positionierung, kaum aber in diesen Punkten.

In beiden Städten gaben viele Befragte an, dass sich durch ihre Teilnahme an den Demonstrationen im Januar auch ihr **politisches Engagement** verändert habe (s. Abb. 3). Mehr als die Hälfte (53 %) führt seitdem häufiger politische Diskussionen. Ein Drittel (33 %) engagiert sich stärker bei Protesten als zuvor und fast jede:r vierte greift bei beobachteter Diskriminierung häufiger ein (23 %). Die Erfahrung der eigenen Protest-

teilnahme hatte somit unmittelbare Auswirkungen auf das Verhalten im alltäglichen Umgang sowie auf andere Formen gesellschaftlichen Engagements. Diese erhöhte Aktivität mündete bis dato aber nur sehr selten in die Mitgliedschaft in einer politischen Partei (2 %). Das ist ein Befund, der sich unter anderem mit aktuellen Erhebungen zum Engagement junger Menschen deckt, die deutlich weniger Interesse an einer langfristigen Bindung an Parteien oder Gewerkschaften haben und stattdessen Vereine oder solche losen Zusammenschlüsse bevorzugen, deren Zweck nicht immer explizit politisch ist (vgl. Spöri et al. 2022). Diese Hinweise auf eine Verstärkung des Engagements sind besonders vor dem Hintergrund derjenigen Befunde aus der ersten Protestwelle bemerkenswert (Bitschnau/Koos 2024), die einen hohen Anteil an Protestneulingen aufgezeigt hatten. Es

Abb. 3 Effekte der ersten Protestwelle Anfang 2024

Seit den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus zu Jahresbeginn ...



Alle Angaben in Prozent. Gesamtwerte beider Befragungen in Hamburg und Dresden. Die Rundung der Nachkommastellen der statistischen Werte kann dazu führen, dass ihre Summe geringfügig von 100% abweicht.

Quelle: Demonstrationsbefragungen FES/IpB Juni 2024, eigene Darstellung

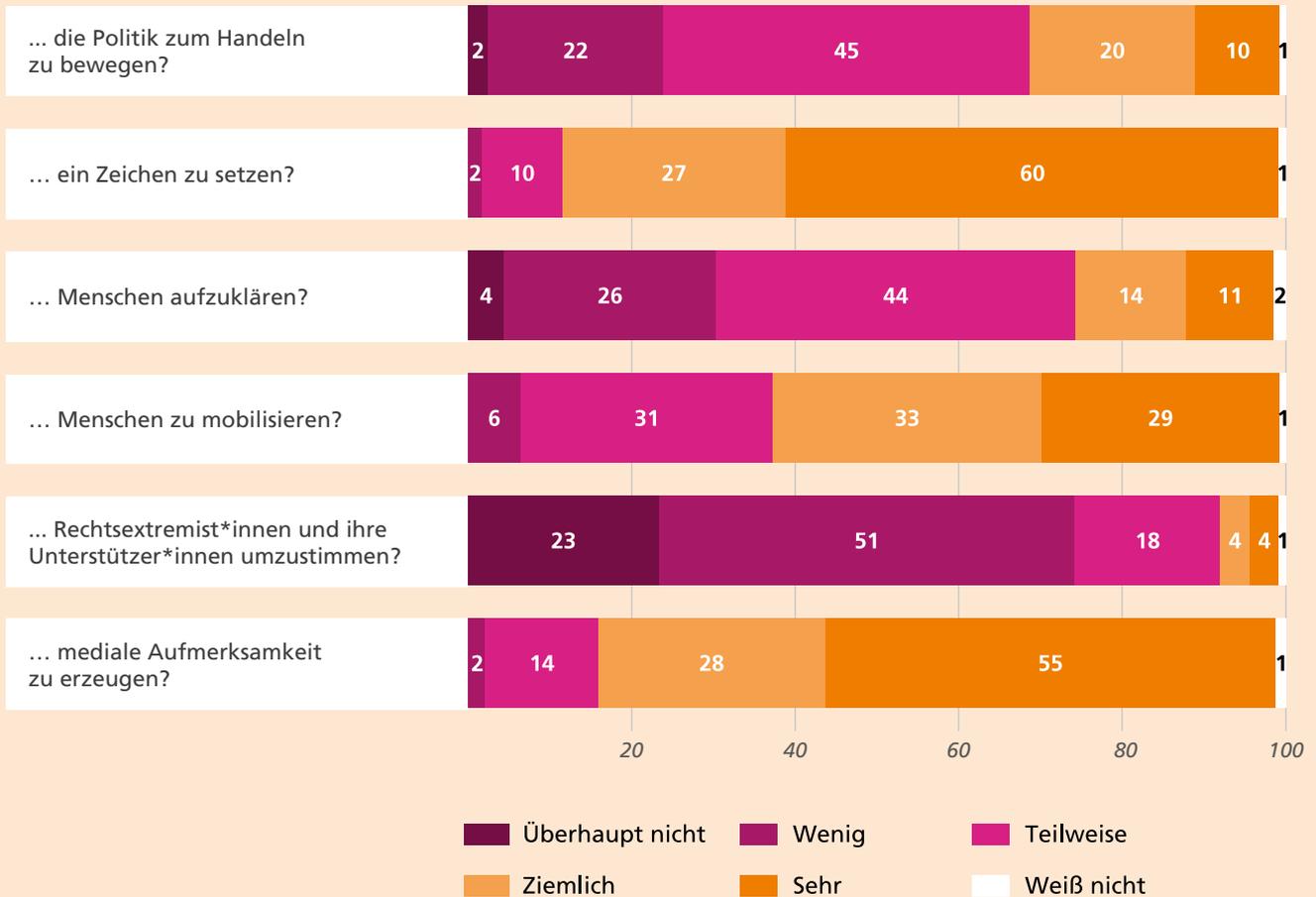
liegt nahe, dass diese erste Welle für viele Menschen eine Initialzündung war, sich stärker politisch zu engagieren und in alltäglichen Situationen einzumischen.

Wann immer medial über den **Erfolg der Proteste** gegen Rechtsextremismus diskutiert wurde, stand deren unmittelbarer Einfluss auf die Umfrageergebnisse bestimmter Parteien im Vordergrund. Die Symbolkraft der Proteste sowie die damit verbundene Selbstermächtigung und -vergewisserung der Teilnehmenden gerieten dabei oft aus dem Blick. Beide nachgenannten Effekte sind jedoch unter den Befragten in Hamburg und Dresden stark ausgeprägt: Etwa drei von vier (77 %) gaben an, sich durch ihren Protest als Teil einer größeren Bewegung zu fühlen. Die Teilnahme am Protest

selbst wirkt also als **kollektive Selbstermächtigung** und stärkt gleichzeitig ein demokratisches Wir-Gefühl. Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch eine Studie des rheingold Instituts zu sozialpsychologischen Effekten in der ersten Protestwelle (vgl. Grünewald/Poulakos 2024). Die Protestierenden schätzen die **Wirksamkeit ihres Engagements** auf andere hingegen als eher begrenzt ein und erwarten meist nicht, Menschen mit rechtsextremen Einstellungen zu erreichen (s. Abb. 4): Nur acht Prozent gehen davon aus, dass ihr Protest Andersdenkende umstimmen kann. Immerhin ein Viertel glaubt an eine bessere Aufklärung der Menschen durch ihren Aktivismus (25 %). Eine Mehrheit nimmt zudem an, die Proteste könnten „ein Zeichen setzen“ (87 %), Menschen mobilisieren (62 %) und mediale Aufmerk-

Abb. 4 Erhoffte Wirkungen

Für wie wirksam halten Sie die derzeitigen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, um ...



Alle Angaben in Prozent. Gesamtwerte beider Befragungen in Hamburg und Dresden. Die Rundung der Nachkommastellen der statistischen Werte kann dazu führen, dass ihre Summe geringfügig von 100% abweicht.

Quelle: Demonstrationbefragungen FES/IpB Juni 2024, eigene Darstellung



Ziel war es, auch noch einmal die Narrative [...] ‚Wir sind das Volk‘ durch die gemeinsame Anwesenheit vieler anzugreifen. So wie es schon am Jahresanfang der Fall war, um gleichzeitig auch noch einmal diese Bilder bei den Menschen in Erinnerung zu rufen.

Teilnehmerin in Dresden, Juni 2024

samkeit erzeugen (83 %). Uneins sind sie sich in der Frage, inwieweit die Politik dadurch zum Handeln motiviert werden kann. Nur etwa ein Drittel erwartet, dass die Demonstrationen Politiker:innen beeinflussen können (30 %). Dem steht ein Viertel gegenüber, das keine oder nur eine geringe Wirkung auf Politiker:innen erwartet (24 %). Abweichend von der häufig kolportierten Annahme, die Protestierenden wollten unmittelbar Einfluss auf Wahlentscheidungen nehmen, zeichnen die Antworten ein verhalteneres Bild: Die Protestierenden erwarten primär, dass sie ihre Positionierung gegen Rechtsextremismus in den medialen Diskurs einbringen, folglich als pro-demokratische Kräfte sichtbar werden und auf diesem Weg vor allem diejenigen mobilisieren und bestärken, die rechtsextreme Positionen ebenfalls nicht unterstützen. Im Zentrum steht also nicht das Umstimmen der Gegenseite, sondern das Bemühen um mehr **Kohäsion nach innen**. Gleichzeitig stimmte über die Hälfte der Befragten der Aussage zu (51 %), man müsse mit Unterstützer:innen extrem rechter Positionen das Gespräch suchen. Dagegen befürworteten nur 27 Prozent eine Strategie der Ausgrenzung. Auch wenn die Proteste Momente der Selbstvergewisserung sind, zeigt sich bei den Teilnehmenden zugleich also eine Offenheit für die Auseinandersetzung mit Menschen, die extrem rechte Positionen vertreten.

Die Einschätzung der Wirksamkeit deckt sich auch mit den **Motiven**. Die Mehrheit der Befragten nannte die gleichen Gründe für ihre Protestteilnahme: Alle wollten sie „ein Zeichen setzen“ (100 %), rund 83 Prozent Aufmerksamkeit hervorrufen und immerhin noch 73 Prozent wollten Menschen mobilisieren. Die Politik zum Handeln zu bewegen, setzten sich 63 Prozent zum Ziel, wohingegen 40 Prozent angaben, sie wollten Unterstützer:innen rechtsextremer Parteien umstimmen.

Diese Zahlen lassen sich so lesen, dass ihr möglicher Einfluss auf Politiker:innen und rechtsextreme Wähler:innen viele Menschen zwar dazu bringt, an den Protesten teilzunehmen, dass ihr Glaube an einen realen Effekt aber gering ist. Hier klaffen der Wunsch und die erwartete Wirklichkeit sichtlich auseinander.

Was schließlich die **Mobilisierung für den Protest** anbelangt, gab der Großteil der Befragten an, über soziale Medien (39 %) sowie über Freund:innen (30 %) von der Demonstration erfahren zu haben. Vereine und Parteien spielten eine etwas geringere Rolle, waren in Hamburg aber mehr von Bedeutung (31 %) als in Dresden (18 %). Zentral war folglich neben der Mobilisierung durch soziale Medien auch die Peer-to-Peer-Mobilisierung. Insofern ist es nicht weiter verwunderlich, dass rund ein Drittel (32 %) der Protestierenden nicht allein, sondern zusammen mit Freund:innen an den Demonstrationen teilgenommen hat.

05

**Bedrohungslage
Rechtsextremismus:
Wie die
Demonstrierenden
ihn erleben**



Der erstarkende Rechtsextremismus in Deutschland gilt für die Demonstrierenden als wichtigster Grund, auf die Straße zu gehen (vgl. auch Quent/Virchow 2024).¹³ Ganze 86 Prozent gaben an, dass sich der politische Diskurs in den letzten Jahren nach rechts verschoben habe (vgl. auch Zick et al. 2023), wobei in Dresden ein etwas höherer Anteil diese Aussage stark bejahte. Weiterhin stimmten unter den Teilnehmenden über 80 Prozent der Aussage zu, dass die **Gefahr des Rechtsextremismus** hierzulande nicht ernst genug genommen werde (83 %). Fast alle zeigten sich angesichts dieser Situation besorgt (95 %). So erklärte eine Teilnehmerin in Hamburg beispielsweise, „das Erstarken der Rechten und Rechtsextremisten“ sei „eine der größten Bedrohungen unserer Zeit, nicht nur in Deutschland, sondern



Zu Risiken und Nebenwirkungen, fragen Sie Ihre Großeltern oder lesen Sie ein Geschichtsbuch.

Demo-Plakat in Dresden, Juni 2024

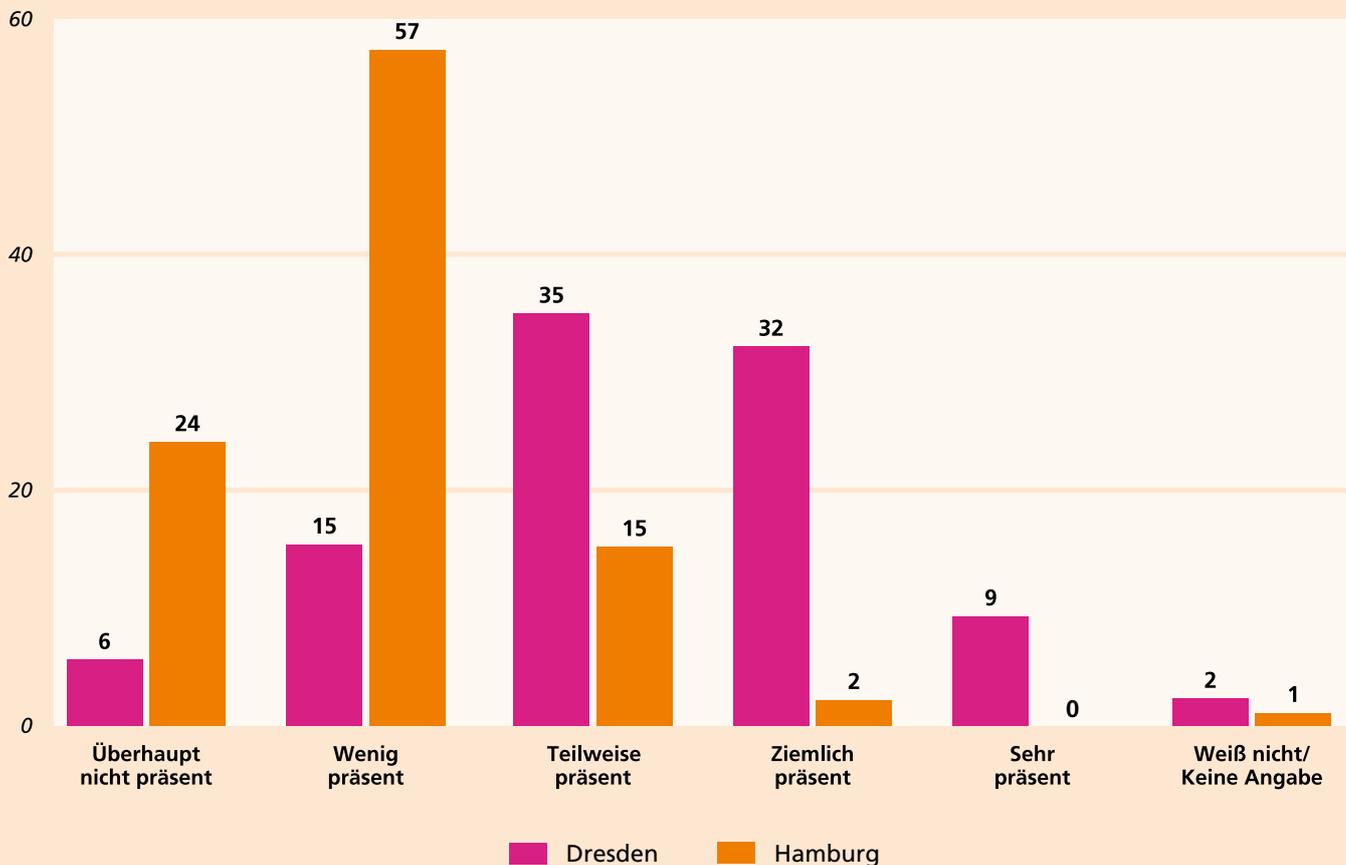
auch in Europa und weltweit.“ Die leicht höheren Werte in Dresden zur Diskursverschiebung weisen darauf hin, dass die Menschen dort in ihrem Alltag deutlich stärker den Eindruck haben, mit Rechtsextremismus konfron-

¹³ Für Zahlen des Statistischen Bundesamts zum Erstarken von Rechtsextremismus vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4032/umfrage/rechtsextremismus-und-fremdenfeindlichkeit-in-deutschland/> (05.10.2024).

Abb. 5

Präsenz von Rechtsextremismus am Wohnort

Sind in Ihrem eigenen Wohnort rechtsextreme Akteur:innen öffentlich präsent?



Alle Angaben in Prozent.

Quelle: Demonstrationsbefragungen FES/IpB Juni 2024, eigene Darstellung



Weil es nötig ist.

Teilnahmemotiv eines Befragten in Dresden, Juni 2024

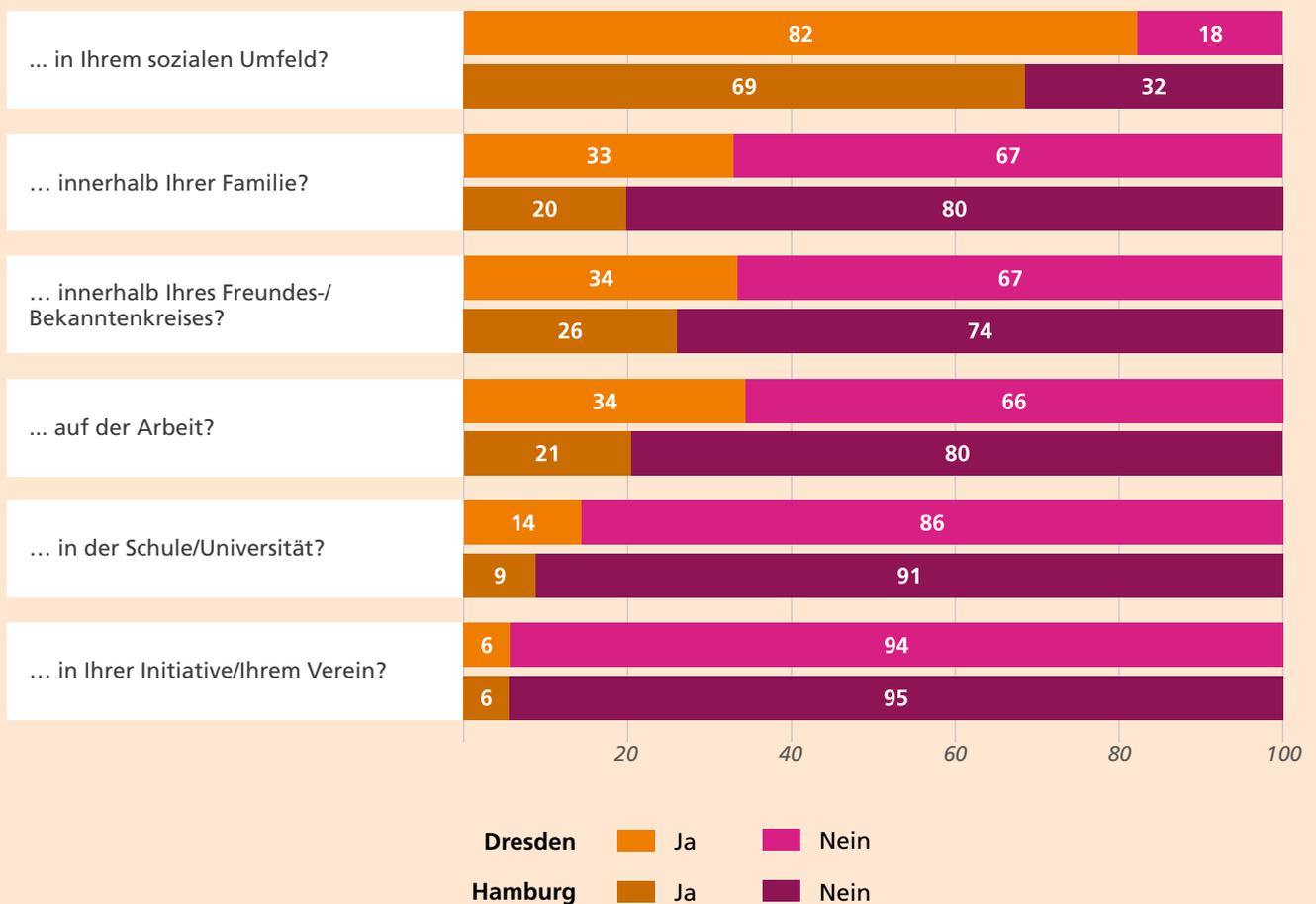
tiert zu sein (s. Abb. 5): 41 Prozent der Teilnehmenden berichteten in Dresden über eine stark wahrnehmbare Präsenz rechtsextremer Akteur:innen an ihrem Wohnort, während es in Hamburg lediglich zwei Prozent waren. Diese **eklatanten regionalen Unterschiede** zeigen einerseits, dass es unterschiedliche Handlungsnotwendigkeiten gibt; andererseits aber auch, dass neben der persönlich empfundenen Bedrohungslage auch andere Motive für eine Mobilisierung greifen.

Knapp ein Viertel der Befragten gab darüber hinaus an, selbst schon einmal **Opfer rechtsextremer Anfeindungen** geworden zu sein. Dabei lag der Wert in Dresden (29 %) mit zehn Prozentpunkten erneut höher als der in Hamburg (19 %). Bei der Frage nach der konkreten Ausprägung dieser Anfeindungen wurden

Abb. 6

Rechtsextreme Äußerungen im eigenen Umfeld

Sind Sie bereits Zeug:in rechtsextremer Äußerungen geworden...



Alle Angaben in Prozent. Die Rundung der Nachkommastellen der statistischen Werte kann dazu führen, dass ihre Summe geringfügig von 100% abweicht.

Quelle: Demonstrationbefragungen FES/IpB Juni 2024, eigene Darstellung



Rechtsextreme sollen nicht die Chance bekommen, sich als ‚unterschätzte Mehrheit‘ zu fühlen, denn das sind sie nicht. Wir, die die Demokratie und Menschenrechte schätzen, sind mehr und das müssen wir – besonders in Regionen wie Sachsen – zeigen.

Teilnehmer in Dresden, Juni 2024

Beschimpfungen mit 17 Prozent weit häufiger genannt als körperliche Gewalterfahrungen, von denen aber immerhin noch vier Prozent der Befragten berichteten (5 % in Dresden, 2 % in Hamburg). Deutlich mehr Teilnehmende behaupteten, schon einmal **Rechtsextremismus im eigenen Umfeld** erlebt zu haben (s. Abb. 6): Insgesamt bejahten drei Viertel der Befragten eine entsprechende Frage, wobei erneut ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden untersuchten Städten zu beobachten war (82 % in Dresden, 69 % in Hamburg). Auf Nachfrage nach dem Lebensbereich wurden der Freundes- und Bekanntenkreis, die Familie und die Arbeitsstelle am häufigsten genannt (durchschnittlich je zwischen 26 und 30 %), seltener dagegen die Schule

oder Universität (12 %) sowie Initiativen beziehungsweise Vereine (6 %). Dies sind somit die Räume, in denen die wenigsten Befragten bislang rechtsextreme Äußerungen erlebt haben.

Negative Erfahrungen im gesellschaftlichen Umgang und insbesondere die Unterschiede zwischen den Städten spiegeln sich noch mehr darin wider, wie die Befragten das Miteinander von Menschen deutscher und nicht deutscher Herkunft einschätzen. In Dresden bewerten fast 60 Prozent der Befragten dieses Miteinander in ihrer Region als schlecht oder sehr schlecht, in Hamburg nur vier Prozent.



06

**Vertrauen in
Institutionen:
Wer die Demokratie
verteidigen soll**

Obwohl die Befragten nur teilweise erwarten, dass ihr Protest unmittelbar das Handeln von Politiker:innen beeinflusst, ist ihr **Vertrauen** sowohl **in die Demokratie** als auch in politische Institutionen sehr hoch. In beiden Städten gaben über 90 Prozent an, der Idee der Demokratie zuzustimmen. Verschwindend gering sind dagegen die Anteile derer, die mit der Idee der Demokratie unzufrieden sind (2 %).

Ebenfalls gefragt hatten wir nach der Zustimmung zur Demokratie, wie sie gegenwärtig in Deutschland funktioniert (s. Abb. 7): Rund zwei Drittel (63 %) sind mit dieser zufrieden; nur ein kleiner Anteil von fünf Prozent

unzufrieden. Allerdings fallen hier die Unterschiede zwischen den Städten deutlich aus: Während in Dresden nur 57 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, sind es in Hamburg 68 Prozent. In



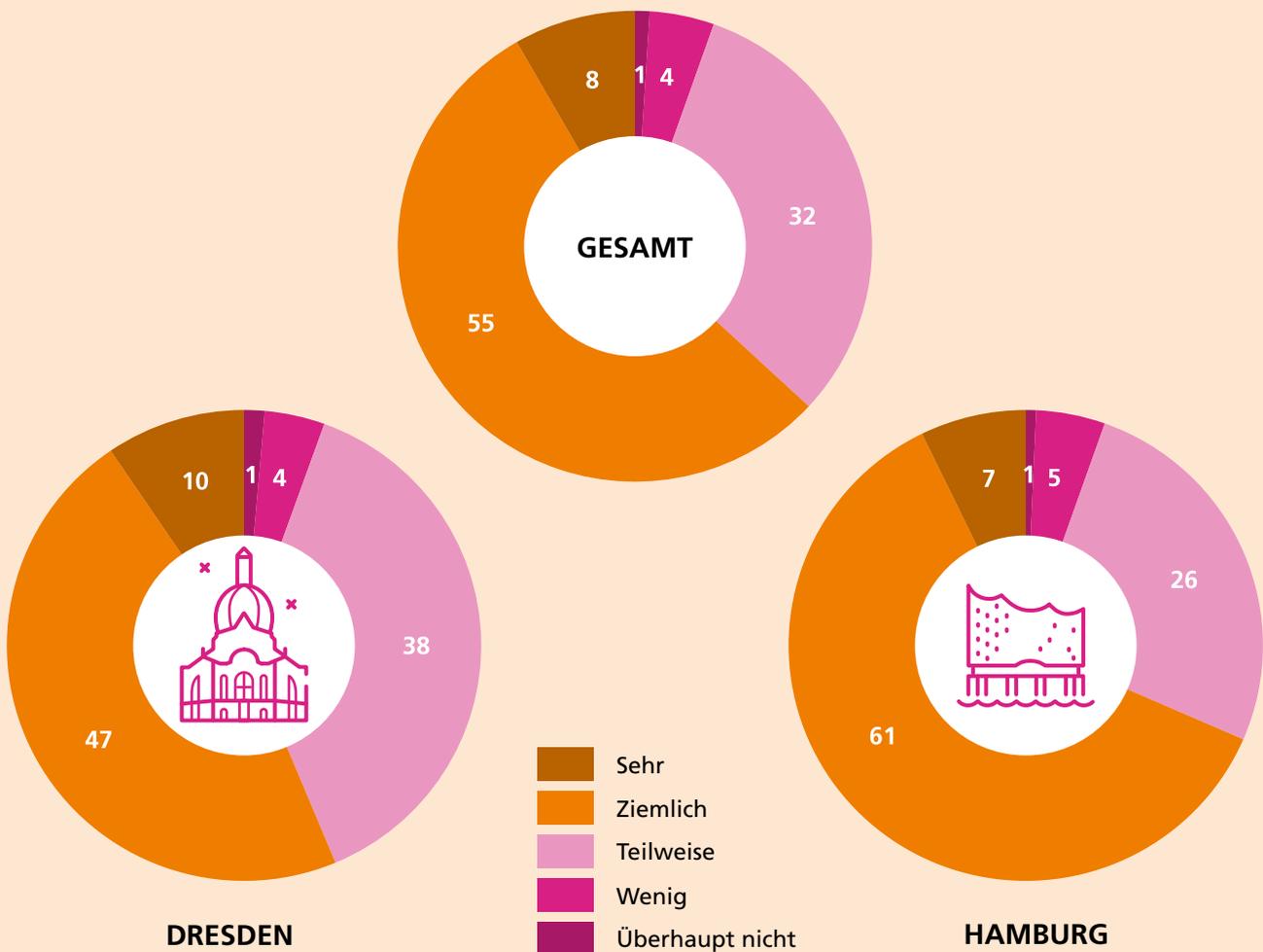
Ohne Demokratie ist alles nichts.

Teilnehmerin in Hamburg, Juni 2024

Abb. 7

Demokratiezufriedenheit in Deutschland

Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert?



Alle Angaben in Prozent.

Quelle: Demonstrationbefragungen FES/IpB Juni 2024, eigene Darstellung



Allgemein sind die Stimmen von rechts und rechtsaußen sehr laut. Daher ist es wichtig, gelegentlich ein Signal zu senden, dass diese Stimmen nicht die Mehrheit repräsentieren. So gesehen als Botschaft an die ‚schweigende‘ Zivilgesellschaft sowie an Politiker.

Teilnehmerin in Dresden, Juni 2024

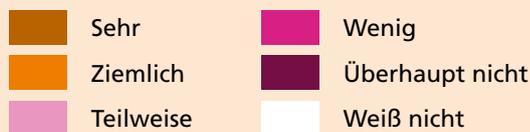
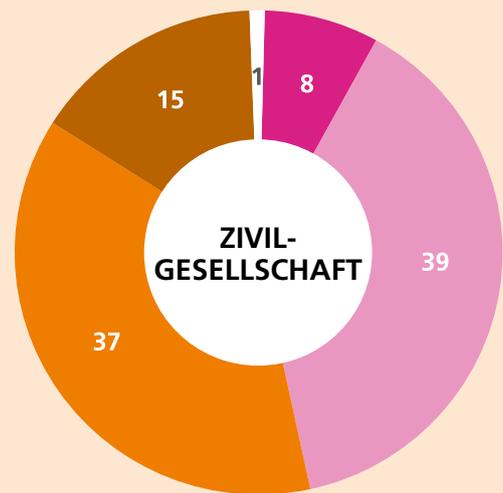
der Summe decken sich die Befunde aber weitgehend mit Daten anderer Protestbefragungen in Deutschland, die vergleichsweise hohe Werte der **Demokratiezufriedenheit** unter Demonstrierenden für Anliegen wie Klimaschutz und Demokratie dokumentiert haben (vgl. Daphi et al. 2021). Die insgesamt hohen Zufrieden-

heitswerte könnten insofern verwundern, als mit der Demonstration doch Sorgen um das Anwachsen antidemokratischer Kräfte – und damit um das Funktionieren der Demokratie – zum Ausdruck gebracht werden sollen. Andererseits kann vor dem Hintergrund der Protestwelle im Sommer 2024 für Demokratie auch dahin-

Abb. 8

Problemlösungskompetenz

Wie sehr glauben Sie an die Fähigkeit der folgenden Akteur:innen, das Problem des Rechtsextremismus in den Griff zu bekommen?



Alle Angaben in Prozent. Gesamtwerte beider Befragungen in Hamburg und Dresden. Die Rundung der Nachkommastellen der statistischen Werte kann dazu führen, dass ihre Summe geringfügig von 100% abweicht.

Quelle: Demonstrationbefragungen FESlipb Juni 2024, eigene Darstellung

gehend Optimismus bestehen, dass diese Demokratie von vielen verteidigt wird und diese Verteidigung mit demokratischen Mitteln möglich ist. Im direkten Vergleich liegen die Zustimmungswerte zudem über jenen der FES-Studie zum Vertrauen in Krisenzeiten, der zufolge im Jahr 2022 nur knapp die Hälfte (48 %) der Befragten angaben, mit der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein (vgl. Best et al. 2023). Anders gesagt: Die Demonstrierenden vertrauen der Demokratie nicht nur als Idee, sondern auch in der von ihnen erlebten Ausformung deutlich stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Auch den politischen Institutionen vertrauen die Teilnehmenden überwiegend. Insbesondere der Bundestag genießt unter ihnen mehrheitlich hohes Vertrauen (62 %), das deutlich über dem Vertrauen des Bevölkerungsdurchschnitts von knapp einem Drittel liegt (29%), wie 2019 von der Bertelsmann Stiftung erhoben (vgl. Bertelsmann 2019). Auch dem Bundesverfassungsgericht vertrauen über 80 Prozent der Befragten. Der Bundesregierung vertrauen im Vergleich lediglich 37 Prozent und etwa ein Drittel der Befragten ihrer jeweiligen Landes- und Stadtregierung. Es zeigt sich also, dass der Judikative und Legislative tendenziell mehr Vertrauen entgegengebracht wird als der Exekutive. Auch den traditionellen Medien wird großes Vertrauen entgegengebracht (70 %), was in starkem Kontrast zum ausgesprochen niedrigen Vertrauen in die sozialen Medien steht (5 %). Obwohl Letztere sowohl für die Protestmobilisierung als auch für politisches Engagement wichtig sind (vgl. Abschnitt 4), wird ihre Rolle als Informationsquelle mehrheitlich skeptisch gesehen.

Werden die Teilnehmenden gefragt, wie sie die Fähigkeit unterschiedlicher Akteur:innen einschätzen, das **Problem des Rechtsextremismus zu lösen**, zeigt sich ein etwas anderes Bild (s. Abb 8): Mehr als ein Drittel der Befragten glaubt nicht oder kaum an die Problemlösungskompetenz von Bundesregierung (36 %) und Sicherheitsbehörden (38 %); der Großteil ist in dieser Frage unentschlossen. Dabei ist die Skepsis in Dresden marginal höher als in Hamburg. Auf der anderen Sei-



Demokratie ist anstrengend, aber das Beste, was uns passieren kann.

Teilnehmer in Hamburg, frei angelehnt an einen Spruch auf einem Demo-Plakat, Juni 2024

te sprechen nur dreizehn Prozent der Bundesregierung große oder sehr große Lösungskompetenzen zu. Analog zum erhöhten Vertrauen in die Judikative setzen die Befragten auch hier mehr Hoffnung in das Gerichtswesen: Rund 40 Prozent gehen von dessen Lösungskompetenz bei der Bedrohung durch Rechtsextremismus aus (42 %). Die größte Lösungskompetenz wird aber der Zivilgesellschaft (53 %) und dem Bildungssystem (51 %) zugesprochen. Etwa die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen und unsere Bildungsinstitutionen die entscheidende Kompetenz für die Bekämpfung des Rechtsextremismus haben.

Bei der Frage nach **Mitteln und Instrumenten gegen Rechtsextremismus** unterstützen die Befragten ein breites Maßnahmenbündel: Nahezu vollständige Zustimmung erhalten die Forderungen nach besserer Aufklärung über rechtsextreme Akteur:innen und Strategien (98 %) und nach Unterstützung für Menschen, die von rechter Gewalt bedroht sind (97 %). Die Mehrheit der Befragten spricht sich zudem dafür aus, dass es in Parlamenten keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien geben darf (93 %) und dass rechtsextreme Forderungen nicht von anderen Politiker:innen übernommen werden sollen (90 %). Einem Ausschluss von Rechtsextremen aus dem Staatsdienst stimmten 93 Prozent zu und nur ein Prozent lehnte eine solche Maßnahme ab.

07

**Schlussfolgerungen:
Perspektiven für
eine breite
gesellschaftliche
Allianz gegen
Rechtsextremismus**

Vor den Europa- und Kommunalwahlen im Juni 2024 gingen deutschlandweit über Hunderttausend Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Sie knüpften damit an die bislang größte Protestserie in der Geschichte der Bundesrepublik an, die Anfang des Jahres begonnen hatte. Auf Basis repräsentativer Befragungsdaten von Demonstrierenden in Hamburg und Dresden erlaubt die vorliegende Studie, erstmals einen vergleichenden Blick auf das Profil dieser Proteste der zweiten Mobilisierungswelle zu werfen. Auf ihrer Grundlage lassen sich folgende Befunde und Perspektiven für eine breite Mobilisierung gegen Rechtsextremismus skizzieren:

- Das zivilgesellschaftliche Engagement seit Jahresbeginn hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gefahren des Rechtsextremismus in der öffentlichen Debatte sichtbar wurden. Die Proteste konnten so erfolgreich die **Rolle eines demokratischen Takt- und Impulsgebers** einnehmen. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen, dass diese Sichtbarkeit und die Möglichkeit, ein symbolisches Zeichen zu setzen, zentrale Anliegen der Protestierenden waren.
- Auf der anderen Seite hat die Protestwelle auch zu einer **Belebung zivilgesellschaftlicher Arbeit** in Deutschland beigetragen. Die von uns untersuchten Kundgebungen in Dresden und Hamburg im Juni unterstreichen diese Beobachtung insofern, als dort zu Jahresbeginn jeweils neue Strukturen und Bündnisse entstanden waren, die auch während der zweiten Protestwelle eine tragende Rolle spielten. Dieser **Aktivierungsimpuls** zeigt sich ebenfalls bei den von uns befragten Protestteilnehmenden. Viele von ihnen berichteten, dass sie sich seit Jahresbeginn stärker engagieren, ob durch das Unterzeichnen von Petitionen, durch die Teilnahme an weiteren Protesten oder durch mehr Zivilcourage bei Diskriminierungen im Alltag. Die Teilnehmenden fühlten sich durch die Erfahrung des Straßenprotests **in ihrer Selbstwirksamkeit und für ihr Engagement gestärkt**. Zudem war die Entstehung neuer, breiter Bündnisse gegen Rechtsextremismus entscheidend für die Folgemobilisierung im Sommer (vgl. auch Fröhlich/Jürgensen 2022). Dies unterstreicht, dass Protestteilnahmen als Stimuli wirken können, die nicht selten in längerfristigem und weiterreichendem zivilgesellschaftlichem, nicht aber unbedingt in parteipolitischem Engagement münden.
- Von den Protestierenden werden **weitreichende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus** gefordert. Hier verdeutlichen die sehr hohen Zustimmungswerte, dass die Befragten die bisherigen Maßnahmen als nicht ausreichend wahrnehmen und dass sie ein breites Maßnahmenbündel unterstützen: von der Abgrenzung demokratischer Parteien gegenüber rechtsextremen Politikangeboten bis hin zum konsequenten Ausschluss von Rechtsextremen aus dem Staatsdienst. Inwiefern diese Maßnahmen gesamtgesellschaftlich Mehrheiten finden, bleibt eine offene Frage.
- Die zweite Protestwelle, die zugleich positiv auf die liberale Demokratie und das Grundgesetz Bezug nahm, verdeutlichte, dass die **Bekämpfung des Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe** darstellt, für die es einer aktiven Zivilgesellschaft bedarf. Nicht primär den Regierungen, sondern vor allem zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sowie dem Bildungssystem sprechen die Protestierenden Lösungskompetenzen zu. Dass Vereine zugleich die Orte sind, die als sichere Orte ohne rechtsextreme Diskriminierungen erlebt werden, gibt uns Hinweise darauf, welche Orte unterstützt werden sollten. Die Vereine wiederum benötigen eine verlässliche und ausreichende Förderstruktur. Nur so können sie erfolgreich die Demokratie unterstützende Projekte betreiben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – sei es direkt durch politische Bildung oder indirekt durch gemeinschaftsstiftende Arbeit in Sport- und Kulturvereinen. Es ist Aufgabe der Politik, dem angemessenen Rechnung zu tragen.
- Die Ergebnisse aus Dresden als ostdeutscher und Hamburg als westdeutscher Stadt weichen meist nur gering voneinander ab. Dennoch sehen sich die auf der Dresdner Demonstration Befragten deutlich stärker mit rechtsextremer Präsenz im Alltag und mit Anfeindungen am Wohnort konfrontiert. Gerade Orte, an denen Engagierte ein höheres Risiko eingehen, sich zu engagieren oder zu positionieren, sollten bei **Demokratieförderstrukturen** stärker berücksichtigt werden. Hier kann auch die Förderung der Vernetzung selbst, regional und überregional, entscheidend sein, um den lokal Engagierten Schutz zu bieten und sie in ihrem Engagement zu unterstützen.

- Die von uns untersuchten Kundgebungen der zweiten Protestwelle hatten deutlich geringere Mobilisierungserfolge als die der ersten Welle – eine Entwicklung, die für Protestwellen des gleichen Anliegens nicht ungewöhnlich ist. In beiden Städten wurden trotz des planbaren Mobilisierungsanlasses der Wahlen deutlich weniger Menschen erreicht als noch zu Jahresbeginn. Mit Schwankungen im Mobilisierungspotenzial sind zwar alle Protestbewegungen konfrontiert. Angesichts der erwartbar langfristigen Herausforderung des Rechtsextremismus in Deutschland erscheint es jedoch umso wichtiger, **belastbare Allianzen zu schmieden**. Diese können das Thema regelmäßig durch Protest und andere Formen des Engagements auf die politische Agenda setzen und den erstarkenden rechtsextremen Strukturen etwas entgegensetzen.
- Medial wurde die Protestserie wiederholt als „Aufstand der Mitte“ beschrieben. Unsere Befunde zeigen jedoch, dass die zweite Protestwelle zwar einerseits von einem breiten Bündnis an Organisationen initiiert wurde. Diese Bündnisse mobilisierten aber andererseits keinen Querschnitt der Bevölkerung, sondern vielmehr ein **spezifisches Milieu**. Dieses verfügt überwiegend über hohe Bildungsabschlüsse und ist Parteien des linken politischen Spektrums, vor allem der linken Mitte zugeneigt. Auffällig ist, dass kaum Wähler:innen von CDU und FDP unter den Teilnehmenden vertreten waren, obwohl diverse Kreis- und Ortsverbände beider Parteien zu den offiziellen Bündnispartner:innen gehörten. Über die Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren. Es scheint aber nicht unwahrscheinlich, dass neben einem generellen Fremdeln mit der Ausdrucksform Straßenprotest auch die Anwesenheit von Akteur:innen aus dem Lager der radikalen Linken und die zum Teil fehlende Differenzierung zwischen rechts und rechtsextrem für Irritationen gesorgt hat.
- Dieses Muster einer ungleichen Protestteilnahme bestimmter Bevölkerungsgruppen fand sich trotz der unterschiedlichen politisch-kulturellen Hintergründe beider Orte sowohl in Dresden als auch in Hamburg. Als Befund deckt es sich zudem mit Erkenntnissen, die während der ersten Mobilisierungswelle in Konstanz, Singen, Radolfzell (vgl. Bitschnau/Koos 2024) und Angermünde (vgl. Rucht et al. 2024) gewonnen werden konnten. Für Protestorganisationen sowie für bürgerliche Organisationen, die die Kernanliegen der Proteste teilen, stellt sich daher perspektivisch die Frage, wie man Menschen aus bürgerlichen und konservativen Milieus sowie solche mit geringer formaler Bildung **besser erreicht und eingebunden** werden können.

METHODISCHES VORGEHEN UND DATENQUELLEN

Die Auswahl der Kundgebungsorte für diese Studie wurde insbesondere von dem Wunsch beeinflusst, sowohl eine west- als auch eine ostdeutsche Großstadt zu untersuchen. Zudem fanden in beiden Städten parallel zur Europawahl auch Kommunalwahlen statt und es waren für die Tage vor den Wahlen größere Straßenproteste angekündigt. Unsere Analyse beruht auf einem Datensatz, der aus der Befragung von 534 Personen generiert wurde. Von diesen hatten 293 am 7. Juni 2024 in Hamburg und 241 am 8. Juni 2024 in Dresden demonstriert. Unsere Befragungsteams wählten die zu befragenden Teilnehmenden nach einem Zufallsverfahren aus. Diese erhielten einen Flyer mit einem QR-Code, der zu einem Online-Fragebogen führte, sowie einen personalisierten Zugangscode. Insgesamt erhielten 1.537 Personen einen solchen Flyer. Das entsprach in Hamburg etwa acht Prozent und in Dresden etwa neun Prozent der Teilnehmenden. Rund 30 Prozent der auf diese Weise Angesprochenen füllten den Fragebogen aus – eine für Demonstrationsbefragungen sehr hohe Rücklaufquote. Um die Datenquali-

tät und Repräsentativität unseres Datensatzes zu überprüfen, führte unser Team während der Demonstrationen zusätzlich 121 Kurzinterviews durch (60 in Hamburg und 61 in Dresden). Die Antworten aus diesen Kurzinterviews weichen nur in wenigen Fragen von denen der Online-Fragebögen ab. Wir können also davon ausgehen, dass die von uns ausgewerteten Antworten auf die Grundgesamtheit aller Teilnehmenden übertragbar sind. Der Online-Fragebogen umfasste 51 Fragen, von denen die meisten auf einer Skala von eins („stimme sehr zu“) bis fünf („stimme überhaupt nicht zu“) beantwortet werden konnten. Zwei entsprach „stimme ziemlich zu“, drei „stimme teilweise zu“ und vier „stimme wenig zu“. In dieser Studie fassen wir die Skaleneinheiten eins und zwei („sehr“ und „ziemlich“) als Zustimmung und vier und fünf („wenig“ und „überhaupt nicht“) als Ablehnung zusammen. Dort, wo wir nicht zwischen den Ergebnissen aus Hamburg und Dresden differenzieren, nennen wir den Mittelwert beider Städte.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 14 **Abbildung 1**
Protesterfahrung
- 15 **Abbildung 2**
Teilnahme an Demonstrationen der ersten Protestwelle Anfang 2024
- 17 **Abbildung 3**
Effekte der ersten Protestwelle Anfang 2024
- 18 **Abbildung 4**
Erhoffte Wirkungen
- 21 **Abbildung 5**
Präsenz von Rechtsextremismus am Wohnort
- 22 **Abbildung 6**
Rechtsextreme Äußerungen im eigenen Umfeld
- 25 **Abbildung 7**
Demokratiezufriedenheit in Deutschland
- 26 **Abbildung 8**
Problemlösungskompetenz

LITERATUR

- Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter (2013):** Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?, in: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang: Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, S. 97–125. Wiesbaden: Springer VS, http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-01380-6_2 (01.10.2024).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019):** Schwindendes Vertrauen in die Politik. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien> (01.10.2024).
- Best, Volker et al. (2023):** Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> (01.10.2024).
- Bitschnau, Marco/Koos, Sebastian (2024):** Die schweigende Mehrheit auf der Straße?, Policy Paper, Universität Konstanz/Das Progressive Zentrum, Nr. 15 | 14. März 2024, <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/8b9cc6cc-2ef8-442b-a812-d646de50b53d/content> (01.10.2024).
- Daphi, Priska et al. (2021):** Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and confident Critics in Mass Demonstrations, *German Politics*, 32(3), S. 440–468, <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459> (01.10.2024).
- Daphi, Priska et al. (2015):** Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration „TTIP & CETA Stoppen. Für einen gerechten Welthandel!“ am 10. Oktober in Berlin. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, 2015, https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf (05.10.2024).
- Fröhlich, Paulina/Jürgensen, Paul (2022):** Allianzen des Fortschritts. Zur Rolle und Funktion zivilgesellschaftlicher Bündnisse in der pluralen Demokratie, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19258.pdf> (01.10.2024).
- Grünewald, Stephan/Poulakos, Ismene (2024):** Zwischen Weckruf und Bumerang – psychologische Wirkungen der Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, Rheingold Institut, <https://www.rheingold-marktforschung.de/rheingold-studien/psychologische-wirkungen-der-demonstrationen-gegen-rechtsextremismus/> (01.10.2024).
- Rucht, Dieter et al. (2024):** Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander. Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt. Working Paper Series, 2/2024 Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/09/ipb-paper_Angermuende_final_22.08.2024.pdf (01.10.2024).
- Rucht, Dieter (2024):** Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle, Working Paper Series, 1/2024, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/05/ipb_paper-1-2024_Rucht_Fuer-Demokratie-2.pdf (01.10.2024).
- Spöri, Tobias et al. (2022):** Jung. Digital. Engagiert? Politische Teilhabe und Informationsverhalten junger Menschen, Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung, <https://www.dpart.org/de/publications/jung-digital-engagiert> (01.10.2024).

Quent, Matthias/Virchow, Fabian (2024): Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, Piper Verlag, München.

van Aelst, Peter/Walgrave, Stefan (2001): Who is That (Wo)man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester, *European Journal of Political Research*, 39(4), S. 461–486.

Zick, Andreas et al. (2023): Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn, <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (01.10.2024).

INFORMATIONEN ZU DEN AUTOR:INNEN

Dr. Nina-Kathrin Wienkoop ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Ethnologin sowie Vorstandsmitglied am Institut für Protest- und Bewegungsforschung. Ihre Leidenschaft sind Fragen der Transformation für eine Gesellschaft, in der Vielfalt, Toleranz, Kollaboration und Zusammenhalt gelebt werden. Sie publiziert, berät, forscht und lehrt zu Jugendengagement, Resilienz von Demokratien, Erfolge von sozialen Bewegungen sowie zu neuen Formen des Zusammenarbeitens. Zudem gibt sie regelmäßig Trainings und Workshops zu Netzwerkstrategien, Selbstermächtigung, außeruniversitären Karrierewegen und dazu, mit Politik junge Menschen zu erreichen.

Dr. Lisa Bogerts ist freiberufliche Politikwissenschaftlerin mit Sitz in Berlin. Sie schrieb ihre Promotion am Exzellenzcluster Normative Orders der Goethe-Universität Frankfurt und an der New School for Social Research in New York. Sie forscht, publiziert, lehrt und diskutiert seit mehr als zehn Jahren über soziale Bewegungen und Aktivismus und legt dabei einen besonderen Fokus auf ästhetische und visuelle Kommunikation sowie rechte Mobilisierung im Netz.

Dr. Marco Bitschnau ist Postdoktorand an der Professur für Soziologie mit Schwerpunkt soziale Bewegungen (Universität Konstanz) und Mitglied des Exzellenzclusters The Politics of Inequality. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen verschiedene Teilbereiche der politischen Soziologie, darunter die Protest-, Krisen- und Populismusforschung. Er ist einer der beiden Koautoren einer ersten Studie zu den Protesten gegen Rechtsextremismus 2024 in Süddeutschland („Die schweigende Mehrheit auf der Straße?“).

Prof. Dr. Priska Daphi ist Professorin für Konfliktsoziologie an der Universität Bielefeld. Sie forscht zu Konflikten im Kontext von Globalisierung, Migration und Klimawandel mit Fokus auf politische Partizipation, Proteste, soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft. Sie ist Herausgeberin (Editor-in-Chief) von Social Movement Studies und Gründungsmitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

Prof. Dr. Sebastian Haunss ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik leitet er die Arbeitsgruppe soziale Konflikte und ist Vorstandsvorsitzender des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

Dr. Elias Steinhilper ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin. Als politischer Soziologe arbeitet er zu Sozialer Bewegung und Zivilgesellschaft in (europäischen) Migrationsgesellschaften. Er studierte Politikwissenschaft in Berlin und Freiburg und hat in Florenz an der Scuola Normale Superiore in Politikwissenschaft und Soziologie promoviert. Seine umfangreichen Publikationen zu diesen Themen erschienen u. a. in den begutachteten Fachzeitschriften Sociology, Social Movement Studies, European Societies und Social Inclusion. Er ist einer der Autoren einer Studie zu den Protesten gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2024 in der brandenburgischen Kleinstadt Angermünde.

Dr. Simon Teune ist Soziologe mit den Forschungsschwerpunkten politische Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Zurzeit arbeitet er an der Freien Universität Berlin im Sonderforschungsbereich Intervenierende Künste. Seit 2005 hat er im Rahmen der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung am Wissenschaftszentrum Berlin und später für das Institut für Protest- und Bewegungsforschung zahlreiche Demonstrationbefragungen konzeptioniert, ausgeführt und ausgewertet (u. a. Stuttgart 21, Montagsmahnwachen, Pegida und Wir haben es satt).

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2024

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Politische Bildung und Dialog – Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Alina Fuchs

dgi@fes.de
www.fes.de/dgi

Gestaltungskonzept: Bergsee, blau
Lektorat: Silke Pachal, Berlin
Druck: FES-Hausdruckerei

ISBN 978-3-98628-619-4

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

